

"orf.at" gefunden am 08.08.2023 19:21 Uhr

Diskussionen um Bürgermeistergehälter

Für Diskussionen sorgt die Ankündigung der schwarz-grünen Bundesregierung einer Null-Lohnrunde für die Spitzenpolitik.

Trotzdem erhöhen die schwarz-blauen Regierungspartner in Oberösterreich ihre Bezüge, auch für die Bürgermeister, um knapp fünf Prozent.

Arbeit ist für Christian Mader, Bürgermeister von Schlatt, genug vorhanden – und sie endet auch nicht mit Dienstschluss. Beim Einkaufen, bei Festen – als Ortschef ist man immer Ansprechpartner für Bürgeranliegen. Der direkte Kontakt sei auch das Schöne am Bürgermeisteramt.

Persönliche Haftung ist problematisch

Dazu kommen aber viele andere Problemfelder: Eine fehlende Karenzregelung für junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister etwa, und Sorgen, für Fehler persönlich haften zu müssen. Klaus Luger, Linzer Bürgermeister und Präsident des oberösterreichischen Städtebundes, verweist darauf, dass es immer schwieriger werde, Kandidaten aus verschiedenen Berufsgruppen, für das Bürgermeisteramt zu finden. Gleichzeitig steige der Anteil der öffentlich Bediensteten, die sich karencieren lassen können.

„Wenn man will, dass die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite in der Politik repräsentiert sein soll, dann muss an der Höhe der Gehälter geschraubt werden und dann muss man auch über eine soziale Absicherung sprechen. Eine Erhöhung sollte zumindest der Inflation entsprechen“, teilt der Linzer Stadtchef (SPÖ) in einer schriftlichen Stellungnahme mit.

Ähnlich argumentiert Christian Mader. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Land seien gegenüber der Privatwirtschaft eher im Hintertreffen. Deshalb solle in den nächsten Jahren ein ordentlicher Ausgleich angedacht werden.

Gehälter haben an Wert verloren

Die regelmäßig wiederkehrende Diskussion über Politiker-Bezüge – oft ausgelöst von der Spitzenpolitik selbst – ist aus Sicht des Parlamentarismus-Experten problematisch.

„Wir haben eine Situation, wo die Demokratie und die Politik keinen guten Ruf hat. Mit solchen Dingen, wie Abwertung, dass alles zu teuer ist, verstärkt man den negativen Effekt zusätzlich. Man sollte von dieser populären Diskussion abkommen“, sagt Werner **Zögernitz**.

Tatsächlich haben die Politiker-Bezüge seit Einführung der derzeit geltenden Gehaltspyramide vor 25 Jahren an Wert verloren – wegen mehrerer Nulllohnrunden und Anpassungen unter der Inflationsrate. In der alljährlichen Gehaltsdiskussion geht das aber meist unter.

red, ooe.ORF.at

Weblink: <https://ooe.orf.at/stories/3219253/>